

ARNOLD SCHÖLZEL

»Crossover«-Tagung in Hannover

Rund 100 Teilnehmer verzeichnete die Arbeitstagung des Crossover-Prozesses, zu der die Zeitschriften »Andere Zeiten«, »spw« und »Utopie kreativ« für den 13. April 1997 nach Hannover eingeladen hatten. In einer problemorientierten, konzentrierten Debatte erörterten die Anwesenden zwei Themen, zu denen Experten einleitend ihre Standpunkte äußerten: »Zukunft der Arbeit – Politik für Vollbeschäftigung« und »Ökologischer Umbau – Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung«. Unter der Überschrift »Massenarbeitslosigkeit bekämpfen – eine andere Politik möglich machen« diskutierten in einem dritten Tagesordnungspunkt *Eckhard Spoo* (Journalist, Hannover) und *Edelbert Richter* (Theologe, MdB/SPD, Weimar) über die von ihnen mitgetragene »Erfurter Erklärung«.

Arnold Schölzel – Jg. 1947,
Philosophiehistoriker, Berlin.

Zum ersten Thema erklärte *Horst Dietzel* (PDS, Berlin) einleitend, nach seiner Auffassung gelte es, in der gesellschaftlichen Debatte um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zunächst die wichtigsten Schwerpunkte zu benennen. Derzeit beherrsche das Stichwort »Lohnnebenkosten« die Diskussion. Der DGB-Vorsitzende Schulte habe fünf Punkte aufgezählt, die vorrangig bewältigt werden müßten: Vorantreiben von Forschung und Entwicklung, Lohnnebenkosten, Arbeitszeitpolitik, Flächentarifverträge, öffentlich geförderte Beschäftigung. Crossover habe sich auf drei entscheidende Punkte geeinigt, um zu einer Vollbeschäftigung zurückzukehren. Dieses Ziel tauche in der gesellschaftlichen Diskussion kaum noch auf, offenbar, weil man vor dem damit verbundenen Strukturwandel zurückschrecke. Bei diesen drei Punkten handele es sich um: *Erstens*: Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitpolitik. Arbeitszeitverkürzung sei ein wichtiger Ausgangspunkt für eine Reformalternative und zwar als Verkürzung von Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit. Heute sei dabei nicht mehr die Frage, ob die Arbeitszeit flexibilisiert werde, sondern wie das geschehe. Daher sei Arbeitszeitpolitik nicht nur der Tarifpartner, sondern auch der Parteien nötig, die lenkend eingreife, so daß die Flexibilisierung beschäftigungssichernd und -fördernd wirke. Außerdem gehe es um Gesundheitsschutz, Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf oder größere individuelle Arbeitszeitsouveränität. Entscheidend sei die Schaffung von »Zeitsouveränität«, d. h. die arbeitsfreie Zeit nicht in mehr individuellen Konsum münden zu lassen, sondern Zeitstrukturen zu schaffen, die nicht nur den Interessen des Kapitals untergeord-

net sind. *Zweitens*: Umverteilung der Arbeit zwischen Frauen und Männern. Sie könne vorangebracht werden, wenn es zu einer Umverteilung der Erwerbsarbeit komme – vorrangige Schaffung und Erhalt von Frauenarbeitsplätzen, neue Arbeitszeitmodelle, Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen u. a. *Drittens*: Schaffung eines neuen gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektors wie in der Crossover-Erklärung vom Februar 1996 gefordert. *Dietzel* betonte, daß es dabei nicht um eine »getarnte Form des Staatseigentums« gehe, sondern um das Zusammenwirken verschiedener Formen des Eigentums.

Michael Jäger (Redakteur des »Freitag«, Berlin) knüpfte an diese Forderungen an und erklärte, nach seiner Auffassung liege die politische Zuspitzung in der Forderung nach einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit. Er warnte aber vor einer Reduktion des ökologischen New Deal auf das Problem von Umverteilung und Arbeitszeitverkürzung. Derzeit schein die Forderung nach dem ökologischen New Deal darauf hinauszulaufen, daß die Mittelschichten die Mittel dafür aufbringen. Das sei zu pauschal. Das Thema sei das Verhältnis von privatem kapitalistischen Eigentum und staatlichen Einrichtungen. Es dürfe nicht nur darum gehen, mit Hilfe der Gemeinwirtschaft staatliche Nachfrage zu schaffen, das habe Margaret Thatcher auch gemacht. *Jäger* fragte, ob erst Vollbeschäftigung das Ziel sei und dann der ökologische Umbau? Die Konzentration nur auf Arbeit sei ökonomistisch, tatsächlich gehe es aber um eine kulturevolutionäre Lösung.

Als dritte Rednerin des Expertenforums fragte *Alexandra Wagner* (Institut für Arbeit und Technik, Düsseldorf), ob nicht entscheidend sei, mit der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu beginnen. Die neoliberale Politik habe eine soziale Abwärtsspirale zur Folge, die stetig mehr Arbeitslosigkeit hervorbringe. Nötig sei daher eine direkte Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Instrumente dafür seien eine europäische Beschäftigungspolitik, öffentliche Investitionspolitik und ökologische Innovation. Größte Priorität habe die Bekämpfung der Verhärtung und Ausgrenzung von Arbeitslosigkeit, der Langzeitarbeitslosigkeit. Das gerade in Kraft getretene Arbeitsförderungsgesetz grenze Langzeitarbeitslose aus. *Wagner* äußerte generell Skepsis gegen die Möglichkeit, derzeit eine linke Reformperspektive aufzubauen. Sie machte zum Thema »Umbau der Arbeit« darauf aufmerksam, daß z.B. lange Arbeitszeiten und eine hohe Frauenquote unter den Beschäftigten eine Vielzahl privater Dienstleistungen nach sich ziehe. Eine Reformperspektive sehe sie daher zuerst in einem kulturellen Projekt.

Frieder Otto Wolf (Mitglied des Europa-Parlaments/ B 90-Die Grünen, Berlin) sah in dieser Differenz eine zentrale Frage der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Entscheidend sei, nicht aus dem Auge zu verlieren, daß es nicht um Produktivismus gehe, sondern um Befreiung von warenförmiger Arbeit und Arbeit überhaupt. Auch in der folgenden Debatte war die Differenz zwischen jenen, die über Förderung der Erwerbsarbeit diskutierten, und jenen, die übergreifende Aspekte des Arbeitsbegriffs beachtet wissen wollten, deutlich.

So legte *Rosemarie Hein* (MdL/PDS, Magdeburg) dar, welche

Probleme aus ihrer Sicht die von Gewerkschaften und von Crossover diskutierten Wege zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit aufwerfen. Es gehe, wie ihr *Ralph Krämer* (spw, Dortmund) beipflichtete, zuerst um Erwerbsarbeit. Mit den Arbeitszeitkonten werde, so *Hein*, z. B. kein neuer Arbeitsplatz geschaffen, das Thema Teilzeit und Überstunden sei global überhaupt nicht zu diskutieren. Es gebe nur sehr widersprüchliche Lösungen.

Uwe Kremer (spw, Dortmund), *Mohssen Massarat* (Universität Osnabrück) und *Dieter Dehm* (SPD, Frankfurt/Main) legten den Akzent darauf, daß es bei allen angestrebten Veränderungen um soziale Interessen gehe, um ein »Klassenproblem« (Kremer) bzw. um eine »machtpolitische Frage« (Massarat). Das Projekt einer Gemeinwirtschaft, so *Massarat*, sei letztlich auch mit einem anderen Gesellschaftsmodell verbunden. Polemisch fragte *Dieter Dehm*, was die Mittelschichten vom ökologischen New Deal außer einer neuen Kultur zu erwarten hätten? Er plädierte dafür, sich auf den nächsten Schritt und auf den Hauptgegner zu konzentrieren, da soziale Kämpfe gegen die wirklichen Machthaber, gegen das Großkapital absehbar seien.

Willi Brüggem (B 90/Die Grünen, Berlin) sah ein Hauptproblem darin, die Diskussion um Vollbeschäftigung mit der Diskussion um soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu verbinden. Zentral sei dabei die Arbeitszeitverkürzung, wobei die gerechtere Verteilung der Arbeit aus öffentlichen Mitteln mitfinanziert werden müsse. Das sei aber eine politische Frage, wie der Streik der Steinkohle-Bergarbeiter gezeigt habe.

Zum zweiten Themenschwerpunkt ergriffen eingangs *Willi Brüggem*, *Hermann Bömer* (Universität Dortmund) und *Mohssen Massarat* das Wort.

Brüggem ging davon aus, daß für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft ein ganzheitlicher Entwicklungsweg notwendig sei und man daher von einer ökonomistisch verkürzten Debatte wegkommen müsse. Kern der gegenwärtigen Krise sei, daß die Bedürfnisse für fordistische Güter langsamer wüchsen als die Produktivität. Güter in neuen gesellschaftlichen Sektoren würden nicht angeboten. Es existiere ein struktureller Konservatismus der Konsumgütermärkte, der überwunden werden müsse. Daher müßten die Wahl- und Handlungsmöglichkeiten der Verbraucher gestärkt werden. Nötig sei ein politischer Mechanismus, der moderne Verbraucherbedürfnisse in Politik umsetze. Sein institutioneller Vorschlag sieht die Einrichtung von regelmäßigen »Verbraucherwahlen« vor, bei denen verschiedene Entwicklungs- und Konversionsszenarien zur Wahl stehen. Für besonders problematische Branchen oder Produkte sollten Quoten festgelegt werden, auf deren Grundlage frei handelbare Produktions- und Importzertifikate ausgegeben würden. Die Stahlquotenpolitik der EU sei dafür ein Beispiel, das auch auf die Automobilindustrie angewandt werden könne. Mit Ökosteuern allein könne technologisch schon bereitliegenden Sparpotentialen nicht zum Durchbruch verholfen werden. Sie bremsten nur das Schlechte aus, ohne das bessere Neue zu schaffen. Hier sei das Feld für den dritten Beschäftigungssektor: Er könne z.B. bisher unerledigte, aber dringend

nötige ökologische Reparatur-, Konversions- und Renaturalisierungsarbeiten übernehmen und neue soziokulturelle Dienstleistungen erbringen. Durch öffentliche Aufträge, die durch Ökosteuern finanziert werden, könnten neue Märkte für ökologische und soziokulturelle Güter geschaffen werden. Das gelte vor allem für den kommunal- und stadtwirtschaftlichen Bereich. Das laufe nicht auf neuen Staatsdirigismus hinaus, sondern auf eine politische Entscheidung über zu fördernde Aufgaben. Die Produktion selbst bleibe den Marktkräften überlassen und werde von privaten, genossenschaftlichen oder öffentlichen Unternehmen übernommen, die miteinander konkurrieren. Das stoße die Entstehung eines neuen Mittelstandes an. Nötig sei daher *erstens* ein ökologisches Konversionsprogramm, *zweitens* die Schaffung eines neuen, zwischen Staat und Privatwirtschaft angesiedelten »dritten Sektors« und *drittens* ein Ökosteuerprogramm, das neue Finanzierungsquellen für ökologische Investitionsprogramme erschließt.

Massarat schloß sich diesem Konzept eines neuen Verhältnisses von Gesellschaft und Politik an. Er forderte dazu auf, klar die Defizite des gegenwärtigen Gesellschaftsmodells zu benennen und nannte vor allem die Dominanz des Finanzkapitals, das dazu tendiere, möglichst viele Kosten aus dem System zu externalisieren. Darin seien politische Defizite angelegt. Es gebe eine Verquickung von Markt und Macht, die keine Konsumentensouveränität ermögliche. Einzige Möglichkeit sei die politische Veränderung der Angebotsstruktur. Diese Funktion erfüllten Ökosteuern nicht. Er plädierte ähnlich wie *Brüggen* für Kontingentierungen z. B. bei der Auto-Zulassung pro Jahr. Das sei zweifellos Dirigismus. Er stelle aber Chancengleichheit her. Die Regulierung von Angebotsmengen bei ökologisch relevanten Gütern sei analog zur Geldkontingentierung durch die Zentralbank zu gestalten. Klar sei, daß dieses Problem durch die gegenwärtige Gesellschaft nicht gelöst werden könne.

Auch *Bömer* setzte sich für eine ähnliche Strategie ein. Der Begriff »ökologischer Umbau« müsse erhalten bleiben, um damit konkrete Forderungen zu verbinden. So erschließe man z. B. konkret durch eine Verordnung zur Kraft-Wärme-Kopplung, d. h. durch staatliche Regulierung, ein enormes, genau berechenbares Einsparpotential im Energiesektor. Nötig seien öffentliche Regierungsinstitutionen, die solche Maßnahmen kontrollierten, d. h. eine wirklich effiziente Bürokratie.

Diesem Ansatz folgten auch die Diskussionsredner weitgehend. So setzte sich *Dieter Dehm* dafür ein, einen »wählbaren Dirigismus« anzustreben. *Thomas Westphal* (spw, Hannover) hob hervor, daß es um Wirtschaftsdemokratie gehe und nicht um eine Staatsdebatte.

Resümierend stellte *Brüggen* fest, daß die Diskussion in einer zentralen Kontroverse zu einem überraschend einmütig akzeptierten Resultat geführt habe: Ökosteuern allein reichen für Schritte zum ökologischen Umbau nicht aus. Das sei ein wichtiger Schritt. Die Frage bleibe, wie weit man über traditionelle staatliche Institutionen hinweggehen könne oder nicht. In der Bevölkerung gebe es eine relative Mehrheit für ökologische Umbauschritte. Die

etablierte Politik habe bei der Aufnahme dieser Tendenzen völlig versagt. Wenn die Politik durch das Nadelöhr von Partei- und Wahltaktik müsse, sei kein Umbau-Konzept möglich.

Das abschließende Forum mit *Eckhard Spoo* und *Edelbert Richter* leitete *Susi Möbbeck* (spw, Bremen) mit der Bemerkung ein, die »Erfurter Erklärung« könne als »große Schwester von Crossover« bezeichnet werden. *Edelbert Richter* ging darauf ein und erklärte, er könne sich in politischen Aktionen, um die es jetzt gehe, eine Arbeitsteilung mit »Crossover« vorstellen. Aus seiner Sicht sei die »Erfurter Erklärung« ein Zeichen dafür, daß die »Revolution von 1989 – wenn es denn eine war – noch nicht zu Ende« sei. Seine Aufgabe sehe er darin, die Absichten der Erklärung jetzt unter die Leute zu bringen. Die Resonanz in seinem Wirkungsbereich in Ostdeutschland sei enorm. *Eckhard Spoo* glossierte die Reaktionen der Tagespresse auf die »Erfurter Erklärung« und stellte fest, daß sie am Kern der Erklärung ebenso vorbeigingen wie die Äußerungen von Politikern zu ihr. In der Diskussion setzte sich *Mohssen Massarat* dafür ein, für die Herstellung eines Bündnisses nicht zuerst auf die Parteien zu spielen, sondern an die Erfahrung der Friedensbewegung mit einer kulturellen Gegenoffensive anzuknüpfen. Konkret solle eine Massendemonstration in Bonn oder Berlin ein Ziel sein.

In einer Erklärung bekräftigten die Teilnehmer ihren Willen, mit Hilfe von »Crossover« zur Herausbildung von Reformalternativen in der Bundesrepublik beizutragen. Jene Reformkräfte, die am Ziel der Vollbeschäftigung festhalten wollten, stünden vor einer neuen Integrationsaufgabe. Es gehe um einen Entwicklungsweg, »der eine konkrete und gesellschaftlich mehrheitsfähige Alternative zur herrschenden neoliberalen Entwicklungslogik bietet.« »Crossover« sehe seinen Beitrag dafür einerseits darin, in SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS für das Aufbrechen von Politikblockaden zu werben, andererseits darin, ein Forum für den politischen Dialog unterschiedlicher politischer Kräfte der Linken zu bieten.

Im Dezember 1997 wird der nächste reformpolitische Kongreß von »Crossover« voraussichtlich in Dortmund stattfinden.